

Reichstag.

221. Sitzung. Sonnabend, 8. März, nachm. 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kracke.

Die zweite Beratung des Postetats wird beim Titel Staatssekretär fortgesetzt.

duktionsdurchschnitt des lehrerflohenen Jahrzehnts neu festgelegt. Mit der enormen Verteuerung des Trinkbraunweins durch die 140-Mark-Verbrauchsabgabe ist es aber noch nicht getan. Die Schnapsbrenner haben es immer als eine schwere Schädigung ihrer Geldsachinteressen empfunden, daß der für gewerbliche und Brennzwecke benötigte Spiritus nicht denselben gesetzlichen „Schutz“ genöß, wie der Trinkbraunwein. Durch seine Nichtkontingentierung war er der Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt — der Auslandsmarkt kommt für deutschen Spiritus schon lange nicht mehr in Betracht — ausgesetzt, sein Preis konnte deshalb nicht so in die Höhe geschraubt werden, wie es den Profitgünstigen der Junker entsprach. Zwar hat die agrarische Spirituszentrale das menschlichmögliche im Preiswucher getan, ihre Herrlichkeit stand aber so lange auf löcherigen Füßen, als die Oudfider des Syndikats sie bedrohten. Dem soll nun zum Teil abgeholfen werden durch die neue Erfindung der Betriebsaufgabe, die neben der Verbrauchsabgabe noch erhoben wird. Die Betriebsaufgabe ähnelt der bisher zur Sicherung des junkerlichen Profits von den größeren Brennereien erhobenen Brennsteuer, nur mit dem Unterschied, daß sie erheblich höher ist. Die Brennsteuer beträgt 2 Mk. für einen Hektoliter reinen Alkohol bei 200—300 Hektoliter Jahreserzeugung und steigt bis auf 6 Mk. bei mehr als 1800 Hektoliter Produktion. Die Betriebsaufgabe aber steigt von 3 Mk. bei einer Produktion bis zu 50 Hektoliter auf 10 Mk. bei über 2000 Hektoliter. Sie wird noch weiter erhöht um 3 Mk. für Brennereien mit Feserzeugung und solche landwirtschaftliche Brennereien, die Kartoffeln und Mais verarbeiten, wenn sie in den Sommermonaten — 16. Juni bis 15. September — weiter arbeiten lassen; ferner müssen alle gewerblichen Brennereien eine um 4 Mk. erhöhte Betriebsaufgabe zahlen. Die Betriebsaufgaben sollen mit dazu dienen, die Produktion des denaturierten Spiritus zu verbilligen, damit durch erhöhten Absatz für gewerbliche Zwecke die infolge der gewaltigen Steuererhöhung für Trinkbraunwein zweifellos eintretende Konsumverminderung ausgeglichen werden kann. Um nun die Betriebsaufgabe zu ihrem höchsten Satz auf den Preis aufschlagen zu können, wird die Kontingentierung des Trinkbraunweins ergänzt durch das Kontingent für denaturierten Spiritus in der Form des Brennrechts. Landwirtschaftliche Brennereien, die das ihnen zustehende Brennrecht überschreiten, müssen für den Ueberbrand eine erhöhte Brennsteuer zahlen, die im Minimum 18 Mk. und bei gewerblichen Brennereien 22 Mk. beträgt. Das Brennrecht oder der Durchschnittsbrand wird nach der durchschnittlichen Produktion der letzten zehn Jahre festgesetzt, wodurch die ostelbischen Junker besonders begünstigt werden. Gewissen landwirtschaftlichen Brennereien sind außerdem noch Steuerermäßigungen gewährt.

Das sind die charakteristischsten Schönheiten des neuen Steuerentwurfs, von dem die liberalen Blätter rühmen, daß es eine „wesentliche Vereinfachung der bestehenden Gesetzgebung“ bedeute. Bemerkenswert sei nur noch, daß gleichzeitig auch noch der Eingangszoll für ausländische Branntweine und Liköre, der bisher 160 und 240 Mk. pro Doppelzentner betrug, auf 225 bis 300 Mk. hinaufgeschraubt werden soll. Zur Charakteristik des im höchsten Grade gemeingefährlichen Wechselbalges braucht nicht mehr hinzugefügt zu werden. Es ist ein so unerschämtes Produkt agrarisch-junkerlicher Raubgier, daß es alle bisherigen Leistungen auf diesem Gebiete mit Ausnahme etwa des Jollwuchertarifs von 1902 weit in den Schatten stellt. Dieser neueste Raubzug auf die Taschen der Ärmsten der Armen wirkt eher noch abstoßender, weil er gepaart ist mit widerlichster Heuchelei. Auf der einen Seite steht der Entwurf die Liebesgabe etwas herab, um sie auf der anderen Seite um so toller in die Höhe treiben zu können, und gleichzeitig die Macht des Spiritussyndikats gewaltig zu steigern. Man versteht jetzt, warum die „einflussreichen Kreise des Reichstags“, wie dieser Tage die bürgerliche Presse berichtet, die Vorlage mit möglichster Beschleunigung und womöglich außerhalb des Rahmens der Reichsfinanzreform durchzupressen möchte. Die agrarischen Hochstapler fürchten den Entriistungsturm des Volkes und wollen deshalb die Deute vorher in Sicherheit bringen.

monotonen Gesangs. Es war als stimmten da Scharen von Unsichtbaren in die freche Selbstverpötlung der Dirnen auf der Straße ein. Ein seltsamer Kanon der Dp.r des Narnevals.

Erst in diesem Augenblick packte Agnes mit Gewalt das ganze Gefühl ihrer Schande. Festig riß sie ihren Schleier über das Gesicht herab, um die vorstürzenden Tränen zu verbergen, und in eiligem Schritt kehrte sie um und ging den Weg zurück, den sie gekommen war. Nichts mehr hören, nichts mehr sehen wollte sie. Es eckelte ihr vor ihr selbst, wie vor einer vom Tritte einer betrunkenen Masse in den Straßenfot gestampften Blume. Sie wollte sich verbergen vor den Augen der Welt, jetzt in die Stille ihres Zimmers, und dann in die Stille des Klosters. Ihr einziger Seufzer war in dieser Stunde: Ach, wäre ich nie aus den geweihten Mauern herausgekommen!

In hastigem Gange hatte sie ihr Elternhaus erreicht, leise schloß sie die Tür auf und trat ein. Aber als sie nach der Treppe ging, da sah sie auf jener Ruhebank einen Strauß liegen, aus einem Riß des umhüllenden Seidenpapiers quollen rote Rosen hervor. Da sank das gefoltete Mädchen vor dem Polster in die Knie, heftig riß sie die Hülle ab und tauchte das ganze Gesicht in die frischen, kühlen Rosen und sog mit tiefen Atemzügen den süßen, reinen Duft ein.

Wohl hatte gegen die Werbung des Doktors um die Hand seiner Tochter nichts Ernstliches einzuwenden, er zweifelte nur, ob Agnes die Werbung annehmen werde und war sehr erstaunt, den Freier in dieser Hinsicht ganz seiner Sache sicher zu sehen. Er begriff nicht, was ein Mädchen an einem so pedantischen Burschen finden konnte. Frau Ella beglückwünschte das Brautpaar mit größter Herzlichkeit.

„Nun sehen Sie,“ sagte sie zu dem Bräutigam, „habe ich es Ihnen nicht gesagt: Zureden hilft.“

Da konnte Boden doch ein vielsagendes Schmunzeln nicht ganz unterdrücken. „Ja, ja, ich habe ihr zugeredet.“

Agnes schlug mit dem Strauß nach ihm: „Bösewicht!“ „Na, Gott sei dank,“ meinte er, die Fährung abschüttelnd, „das klingt doch eigentlich besser als der ewige „gute Junge“.“

Frau von Dahl aber schrieb, nachdem ihre Schwester sie verlassen hatte, einen Abschiedsbrief an Homberg.

Sie wisse selbst nicht, wie das alles auf dem Maskenball so gekommen sei, sie müsse nicht ganz bei Sinnen gewesen sein. Jedenfalls wolle sie eine anständige Frau bleiben, oder sich Mühe geben, es wieder zu werden. Er möge ihr verzeihen und — wenn er sie noch ein wenig lieb habe — sie meiden.

So tief ihr Schmerz, und so ungeheuerlich ihr Gefühl war, sie konnte ihnen keinen Ausdruck geben. Was sie schrieb, klang wie Phrase, und sie hatte die niederdrückende Empfindung, daß es auch auf Homberg so wirken müsse. Und doch war es ihr Ernst mit ihrem Vorsatz, ihn nicht wiederzusehen. Sonst hätte sie ihm das alles wohl sagen mögen, er hätte sie dann eher verstanden, und der Bruch wäre nicht so schroff gewesen. Aber sie mißtraute ihrer Kraft, wenn er sie mit den leuchtenden Augen ansah. Mit einem entsetzten Seufzer schloß sie den Briefumschlag und adressierte ihn. Dann ging sie selbst, ihn in den Briefkasten zu werfen.

Müde, mit zerschlagenen Gliedern kam sie von dem kurzen Gange zurück, bereit, sich den legitimen Zärtlichkeiten ihres rohen Gatten preiszugeben. Ihr Herz verblutete; aber die Moral hatte wieder einmal gesiegt!

Isolde meinte sich diese Nacht in den Schlaf. Vielleicht wäre sie weniger untröstlich gewesen, wenn sie jetzt schon gewußt hätte, wie wenig nachhaltig ein solcher Sieg der Moral ist. Das Grausen über den verhängnisvollen Zufall mußte sich eher abschmähen, als ihre ungestillte Leidenschaft, und — im nächsten Jahre war ja wieder Karneval!

Ende.

Abg. Dehla (nat.-lib.): Die Vorlage ist nicht agrarisch. Im Gegenteil. Sie kommt den Wünschen der Landwirtschaft nicht voll entgegen. Auch gibt es ja auf dem Lande nicht nur Landwirte, sondern auch viele Metzger, Müller, Gewerbetreibende usw. (Sehr richtig! rechts u. d. d. Nat.-lib.) Es ist zu hoffen, daß die Kommission einen gerechten Ausgleich der Interessen von Stadt und Land findet. (Beifall v. d. Nat.-lib. und rechts.)

Staatssekretär Kracke: Herr Jubel hat zwei Berliner Postdirektoren, namentlich Herrn Wegner, auf das schärfste angegriffen. Herr Wegner ist ein tüchtiger, fleißiger, humaner Beamter. Ich protestiere gegen die vorgebrachten Vorwürfe gegen den Herrn Jubel. Er hätte seine Beschwerden der Reichspostverwaltung mitteilen sollen. (Beif. Beifall rechts.)

Abg. Pauli-Potsdam (kons.) erklärt sich namens einer Minderheit der Konservativen gegen die Telephongebührenordnung. Der Entwurf schädigt den Mittelstand. (Hört, hört! links.)

Abg. Gamscher (Zentr.): Was Postbeamte in ihrer freien Zeit tun, und ob sie religiöse Übungen veranstalten, das ist nicht Sache des Herrn Jubel. Das hierzu Dienstleistungen gewährt sind, ist nicht anzunehmen. Einverstanden bin ich mit Herrn Jubel darin, daß die Postverwaltung sachliche Unterrichtskurse einrichten sollte. Redner bittet, daß jedem Beamten von Eintragungen in die Personalakten Kenntnis gegeben wird. Geschieht dies nicht, so geht dem Beamten das Recht der Verteidigung bei Disziplinarverfahren verlustig. Die Geheimnistrerei mit den Personalakten ist verderblich, eine entsprechende Resolution werden wir einbringen. (Bravo! im Zentr.)

Abg. Goheln (freis. Vg.): Der angekündigten Resolution werden meine Freunde zustimmen. Wegen die geführte Antwort des Staatssekretärs an meinen Freund Straube, die sehr wenig sachlich und persönlich verlegend war, muß ein jeder von uns als Abgeordneter, ganz abgesehen von der Parteistellung, Verwahrung einlegen. (Beif. Beifall links.)

Staatssekretär Kracke: Ich sagte schon gestern, man kann einmal ein Wort gebrauchen, daß man nachher bedauert. Der Angriff ist nicht von mir, sondern vom Abg. Straube ausgegangen, welcher der Reichspostverwaltung sagte, sie habe falsches Material zusammengetragen und dem Hause vorgelegt. Da sage ich noch einmal, davon versteht der Abgeordnete nichts. (Bravo! rechts.)

Der Titel wird bewilligt. Die Fernsprechtgebührenordnung geht an die Budgetkommission. Beim Titel: geheime expedierende Sekretäre, Kalkulatoren usw. bittet

Abg. Erzberger (Zentr.), der Staatssekretär möge dafür sorgen, daß die Bureaubeamten nicht sechs, sondern acht Stunden durchschnittlich arbeiten.

Staatssekretär Kracke: Das geht nicht. Die Herren tun geistige Arbeit, die nicht nur im Bureau, sondern auch zu Hause geleistet wird.

Der Titel wird bewilligt. Ebenso eine Reihe weiterer Titel debattelos. Beim Titel: Oberpostinspektoren beantragt

Abg. Beck-Heidelberg (nat.-lib.) die Wiederherstellung der vier von der Kommission gestrichenen Oberpostinspektoren.

Abg. Erzberger (Zentr.) verteidigt den einstimmig gefassten (hört, hört!) Kommissionsbeschluß und bedauert, daß gerade der Berichterstatter, allerdings als Abgeordneter, die Umwertung des Beschlusses beantragt. Redner beantragt wegen der schlechten Beschaffenheit des Hauses Verschiebung der Abstimmung. Was helfen die schönen Sparsamkeitsreden des Reichskanzlers, wenn ihnen nicht nachgegeben wird. (Lebhafte Beifall im Zentr.)

Die Abstimmung wird verschoben. Ein konservativ-nationalliberaler Antrag bewirkt Wiederherstellung der sieben von der Kommission gestrichenen Vorsteher erster Klasse.

Abg. Erzberger (Zentr.) bekämpft auch diesen Antrag und verlangt Verschiebung der Abstimmung. Er müsse sonst namentliche Abstimmungs-beantragen.

Abg. Beck (nat.-lib.) spricht für Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Emmel (Soz.) stimmt dem Abg. Erzberger zu, und macht darauf aufmerksam, daß beim nächsten Titel die Budgetkommission die Zahl der Postinspektoren und der Postämter zweiter Klasse vermindert hat. Man könne doch nicht hier die Regierungsvorlage wieder herstellen und beim nächsten Titel den Antrag der Budgetkommission annehmen, weil dann ja mehr bewilligt werde, als die Regierung verlangt habe. Es müsse daher auch die Abstimmung über den folgenden Teil ausgesetzt werden.

Abg. Erzberger (Zentr.): Eigentlichlicherweise hat ein Mitglied meiner Partei schon vor zwei Tagen aus dem Reichspostamt einen Brief erhalten, der Abg. Beck werde die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beantragen. Das Zentrum möge doch zustimmen. (Hört, hört!) In der Kommission tritt Herr Beck mit uns für Streichung von Beamten erster Klasse ein, hier für ihre Vermehrung. Das ist doch nicht logisch. (Abg. Lebour [Soz.] ruft: Aber nationalliberal! Große Heiterkeit.)

Die Abstimmung über beide Titel wird ausgesetzt. Eine Reihe weiterer Titel werden debattelos bewilligt. Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag, 2 Uhr, nachher Weingeseh.

12. Generalversammlung des Verbands der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Als nächster Punkt steht zur Verhandlung der Kampf gegen die Gefahren der Bleivergiftung. Das Referat hierzu hat Kollege Buscholz, der Kandidat der Krankenkasse der Maler in Berlin übernommen. Er wendet sich zunächst gegen die Behauptungen aus Unternehmerkreisen, daß die Gefahren der Bleivergiftung maßlos übertrieben seien. Dann schildert er, wie durch die Eigenart des Malergewerbes die Durchführung der Bundesratsvorschriften zur Bekämpfung der Bleivergiftung unmöglich gemacht werde. Besonders die kleinen Betriebe gefährden den Arbeiter und erschweren die hygienischen Maßnahmen. Leider würden auch die jungen Arbeiter und die Lehrlinge zu den schädlichsten Arbeiten herangezogen. Die Bekämpfung der Bleivergiftung werde erschwert durch die große Fluktuation unter den Malern, besonders der ungelerten Arbeiter während der Saisonarbeit; ungünstig wirken auch die Temperaturverhältnisse und das Akkordwesen. Die durch die niedrigen Arbeitslöhne verursachte schlechte Lebenshaltung schwächt die Widerstandskraft der Arbeiter. Man müsse zu der Schlussfolgerung kommen, daß die überlange Arbeitszeit, materielle Sorgen, die Akkordarbeit, die Fluktuation, das Submissionswesen, die Schmutzkonturen der Unternehmer untereinander, der Hygienisierung des Malerberufs große Schwierigkeiten bereiten. Von besonderer Wichtigkeit bei der Bleivergiftung, nämlich in den Körper sei die Art der Arbeit, hauptsächlich die Feinarbeit und die Feinschneiderei. Allen Anstreicherarbeiten außerhalb der Werkstätte ist gemeinsam, daß man bei ihnen keine oder ungenügende Wasservorrichtungen entgegen den gedruckten Arbeitsordnungen findet. Aus diesem Grunde ist die persönliche Reinlichkeit nicht durchführbar. Nicht einmal in den Werkstätten des Reichs und die Bundesratsvorschriften durchgeführt. Außerordentlich gefährlich ist das Abschleifen der trockenen Farben und die dadurch hervorgerufene Staubeentwicklung in den Arbeitsräumen.